

Unioncorn

Das LSU-Magazin aus Niedersachsen



LSU

Da wird sich jetzt einiges ändern

OPPOSITION

Die Union muss eine neue Rolle finden. Und so auch die LSU

Ab Seite 4

KRISE ALS CHANCE

Die LSU sollte sich nun umso stärker in der CDU einbringen. Ein Kommentar

Ab Seite 6

DIE V-FRAGE

Wieder sucht die Union einen neuen Vorsitzenden. Gut für die LSU?

Ab Seite 8

OKTOBER / NOVEMBER 2021

Foto: Pixabay

Moin!

Die Bundestagswahlen waren für die Union ein Debakel, das wird wohl niemand mehr beschönigen. Und auch, wenn die Niedersachsen Union bei den Kommunalwahlen ihren Platz als „die“ Kommunalpartei behaupten konnte, führt wohl auch hier kein Weg an einer Neuaufstellung vorbei.

Rumgejammer steht uns Christdemokraten dabei allerdings nicht gut zu Gesicht – schon das „C“ im Namen verpflichtet auf die Hoffnung. Also, wie man so sagt, aufstehen, Krönchen richten und weiter geht es. Dabei kann eine – möglichst kurze – Zeit in der Opposition durchaus hilfreich sein.

Auch die LSU muss sich dabei nach 16 Jahren immer besser werdender Kontakte zur Regierungspartei neu justieren. Wir haben wichtige Unterstützer und Einfluss verloren. Das gesellschaftliche Klima hat sich aber in den letzten Jahren so nachhaltig verändert, dass wir auch im 20. Deutschen Bundestag auf Menschen setzen können, für die LSBTI-Politik nichts Exotisches mehr ist (siehe Seiten 4 und 5).

Dennoch könnte die heraufdämmernde Ampel in den nächsten vier Jahren zahllose Themen in diesem Bereich abräumen. Hierzu müssen wir uns verhalten und mehr denn je eine christdemokratische LSBTI-Politik formulieren und der möglicherweise vom Community-Mainstream getragenen

Ampelvariante entgegensetzen, wo immer dies nötig ist. Ich habe auf den Seiten 6 und 7 folglich versucht, die vermeintliche Krise einmal als Chance zu begreifen – auch wenn diese Floskel in Corona-Zeiten arg überstrapaziert ist. Dabei wäre der angesichts steigender Zahlen bei LSBTI-feindlichen Übergriffen gerade für uns hochwichtige Bereich der inneren Sicherheit noch zu ergänzen. Denn, wie Jens Spahn richtig feststellt, selbst „der linksliberale Schwule, der morgens um sechs vom Berghain nach Hause fährt, will doch am Ende in der U-Bahn sicher sitzen können.“ Das müssen wir jetzt in eine Position gießen und umsetzen. Auch bei uns stehen die Zeichen also auf Neubesinnung und Durchstarten.

Die LSU in Niedersachsen hat hierzu einen ersten Schritt getan und den Landesvorstand um zwei frische Köpfe erweitert, wie wir auf Seite 12 berichten. Der Bundesverband wird am 6. und 7. November auf der Bundesmitgliederversammlung in Berlin nachziehen. (Vorabbericht und herzliche Einladung an alle niedersächsischen Mitglieder auf Seite 9.)

Die CDU sucht als deutliches Zeichen des Neu-Aufbruchs zum dritten Mal innerhalb von drei Jahren einen neuen Vorsitzenden, oder eine neue Vorsitzende, oder ein Führungs-Duo. Welche Namen im Spiel sind, ist auf Seite 8 nach-

zulesen. Wer auch immer es am Ende wird, sollte stets bedenken, dass Wahlen nur in der Mitte und nicht an den Rändern gewonnen werden. Wir als CDU und auch als LSU sollten dabei in besonderer Weise, bei allem notwendigen Streit in der Sache, immer das Verbindende über das Trennende stellen und somit keinen Einzelinteressen dienen, sondern stets die Gesamtgesellschaft im Blick behalten. Ich wünsche Ihnen und Euch eine anregende Lektüre.

Ihr und Euer

Sven Alexander van der Wardt
Landesvorsitzender
LSU in Niedersachsen





Foto: LSU

Bürgerliche Anlaufstelle

CDU-Landeschef Althusmann lobt die LSU

Bernd Althusmann, niedersächsischer CDU-Landesvorsitzender und Vize-Ministerpräsident, ehrte die LSU in Niedersachsen mit einer Videobotschaft. Darin stellte er vor allem die Bemühungen heraus, der LSBTIQ-Gemeinschaft eine bürgerliche Anlaufstelle zu bieten – und verband dies mit einem Dank an den LSU-Landesvorsitzenden Sven Alexander van der Wardt. Anzusehen ist das Video etwa auf dem LSU-YouTube-Kanal: <https://youtu.be/Z4gvpsmNsxE>



Foto: CDU Bundesgeschäftsstelle

Gewandelte Haltung

Schäuble äußert sich über Spahns Coming Out

Welche „befreiende und gute Wirkung“ ein Coming Out haben kann, könne man am Bundesgesundheitsminister Jens Spahn sehen, sagte Bundestagspräsident und CDU-Grande **Wolfgang Schäuble** im Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“. Außerdem fügte er an: „Zu meinem Freund Friedrich Merz habe ich gesagt, wenn dich noch mal einer fragt, ob ein homosexueller Kanzler werden kann, gibt's nur eine Antwort: Ich verstehe die Frage nicht.“



Foto: University of Maryland

Neuer Vorstand für Hirschfeld

Bundesstiftung wird von Gero Bauer geleitet

Gero Bauer, bislang Geschäftsführer des Zentrums für Gender- und Diversitätsforschung an der Eberhard Karls Universität Tübingen, wird neuer Geschäftsführender Vorstand der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld. Er folgt damit auf Jörg Litwischuh-Barthel, der nach Querelen um die Neuausschreibung seiner Stelle auf eine Bewerbung verzichtete. Das SPD-geführte Bundesjustizministerium wollte auch Frauen und diversen Bewerbern eine Chance geben.



Foto: LSU

Impressum

Inhaltliche Verantwortung (i.S.d.P. und gemäß § 5 TMG):
Dr. Sven Alexander van der Wardt,
Vorsitzender LSU in Niedersachsen
alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Lesben und Schwule in der Union (LSU) in Niedersachsen
c/o Wilfried-Hasselmann-Haus
Hindenburgstraße 30
30175 Hannover

Internet: www.lsu-niedersachsen.de
Facebook: @LSUinNiedersachsen
Instagram: @lsu_niedersachsen

Gemeinsam in die Opposition

LSU verliert wichtige Unterstützer – und Einfluss auf die Regierung

Der 20. Deutsche Bundestag ist größer als all seine Vorgänger, doch die Unionsfraktion musste einige Sitze einbüßen. Auch die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) haben in den Reihen ihrer Unterstützer einige Verluste zu verzeichnen – es gibt allerdings auch Gründe zur Hoffnung, denn neue Gesichter versprechen frischen Wind in der Fraktion.

Ein Anhaltspunkt für eine solche Analyse bietet noch immer das Abstimmungsergebnis der Unionsfraktion aus dem Jahr 2017, als der Bundestag die Öffnung der Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen hat. Damals, es war noch der 18. Deutsche Bundestag, stimmten 75 Abgeordnete von CDU und CSU gemeinsam mit dem Rest des Hohen Hauses für diesen Schritt. Von diesen 75 Unionspolitikerinnen und -politikern gehören heute nur noch 28 dem Bundestag an. Manche kandidierten bereits 2017 nicht erneut oder wurden damals nicht gewählt. Andere zog es inzwischen auf andere Positionen, wie etwa die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, oder Peter Tauber, der schon vor ein paar Monaten krankheitsbedingt seine politische Karriere vorerst beendet hatte.

Das Abstimmungsverhalten zur sogenannten „Ehe für alle“ kann derweil nur ein grober Anhaltspunkt sein, denn es gab auch jene Abgeordnete, die damals dagegen stimmten und dennoch Sympathien für die LSU und ihre Forderungen hegen. Und wiederum die anderen, die aus eigenen Erwägungen dafür gestimmt haben, ohne je mit der LSU zu tun gehabt zu haben.

Relevanter ist deshalb noch ein Blick auf jene Abgeordneten, die die LSU namentlich als Unterstützer führt und mit denen sie eng zusammenarbeitet. Dabei ist zuerst Stefan Kaufmann zu nennen, der langjährige Abgeordnete aus Stuttgart, der bei der Bundestagswahl 2021 jedoch leider den Einzug verpasst hat. Kaufmann, selbst mit einem Mann verheiratet und kirchlich gesegnet, hat viele Jahre lang die Gruppe der

medial als „Wilde 13“ titulierten Abgeordneten organisiert. Diese Gruppe geht zurück auf den Sommer 2012, als eine Gruppe von eben 13 Abgeordneten den damaligen Fraktionschef Volker Kauder aufgefordert hatte, bei der steuerlichen Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaft selbst aktiv zu werden und nicht auf Karlsruhe zu warten. Daraus ergab sich ein loser Zusammenschluss von um die 40 Unionspolitikern, die sich in unregelmäßig stattfindenden Treffen mit der LSU und Vertretern der LSBTI-Community ausgetauscht haben.

Dass Kaufmann dem Deutschen Bundestag nun nicht mehr angehört, ist ein großer Verlust für die LSU. Gut möglich, dass vielleicht der Berliner Abgeordnete Jan-Marco Luczak die Leitung dieses losen Verbundes übernehmen könnte. Luczak gehörte auch der Stammgruppe der „Wilden 13“ an und hat sich in der vergangenen Legislaturperiode gemeinsam mit Kaufmann sehr für die Erweiterung des Artikel 3 unseres Grundgesetzes starkgemacht.

Weitere Unterstützer, die dem 20. Deutschen Bundestag nicht mehr angehören, sind etwa Matthias Zimmer und Bettina M. Wiesmann – beide aus Frankfurt. Zimmer gehörte ebenfalls zu den ersten Mitgliedern der „Wilden 13“, er konnte sich allerdings bereits bei der Kandidatenaufstellung in diesem Jahr nicht durchsetzen. Wiesmann kam erst 2017 neu in den Bundestag, hat sich dann aber direkt für viele LSU-Themen eingesetzt – etwa die Reform des Transsexuellengesetzes oder das Verbot unnötiger Operationen an Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung. Wiesmann konnte weder ihren Direktwahlkreis gewinnen, noch über die Liste einziehen. Gleiches gilt für den Rechtspolitiker Prof. Heribert Hirte aus Nordrhein-Westfalen oder Melanie Bernstein aus Schleswig-Holstein, die den Wiedereinzug in den Bundestag verpasst haben. Auch aus Hamburg gibt es nun weniger Unterstützung: Der bisherige familienpolitische Sprecher Marcus Weinberg und auch Rüdiger Kruse



wurden in diesem Jahr nicht wiedergewählt.

Freudig stimmt uns aber aus niedersächsischer Sicht, dass viele unserer Unterstützer erneut im Bundestag sitzen werden: Silvia Breher und Hendrik Hoppenstedt, Stephan Albani und Gitta Conemann, Fritz Güntzler und Carsten Müller sowie Matthias Middelberg und Michael Grosse-Brömer und weitere. Hinzugekommen ist außerdem unser LSU-Ehrenmitglied Mareike Lotte Wulf (Foto rechts), die im Weserbergland angetreten und über die Landesliste in den Bundestag eingezogen ist, sowie der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Tilman Kuban.

Bundesweit kann sich die LSU sonst noch freuen beispielsweise über den Einzug von Serap Güler, Sabine Weiß, Jens Spahn und Marc Henrichmann, Emmi Zeulner und Paul Lehrieder. Der Rückzug von Annegret Kramp-Karrenbauer und Peter Altmaier im Saarland wird aus LSU-Sicht zum Nullsummenspiel, weil mit Nadine Schön und Markus Uhl zwei Abgeordnete nachrücken, die der LSU nahestehen.

Die LSU muss eine neue Rolle finden

Für die LSU beginnt nun allerdings noch aus einem anderen Grund eine neue Zeitrechnung. In den vergangenen 16 Jahren hatte unser Verband auf Bundesebene eine gewisse Relevanz, weil die Union eben die Regierungspartei war. Sollte im Bund jedoch die Ampel-Koalition zustande kommen und nicht etwa ein unionsgeführtes Jamaika-Bündnis, wander-



Unser niedersächsisches LSU-Ehrenmitglied Mareike Lotte Wulf gehört jetzt dem 20. Deutschen Bundestag an.

Auch jetzt wieder steht die Union vor der Aufgabe, sich in der Opposition personell aber unbedingt auch inhaltlich neu aufzustellen. Dabei sollte jetzt nicht über die bevorstehende Neuwahl der Parteispitze vergessen werden, dass wichtige Anträge zur Änderung der Satzung bereits vorliegen. Dazu gehört eine dynamische Frauenquote genau so wie die satzungsmäßige Anerkennung der LSU. Die LSU sollte sich in den nun bevorstehenden innerparteilichen Wandel aktiv einbringen und ihre Vorstellung von bürgerlicher LSBTI-Politik in die Gremien der Union hineinbringen.

te auch die LSU in die Opposition. Für die Community war es ohnehin schon immer schöner, sich bei Grünen und FDP zu melden, wenn sie ein Anliegen durchsetzen wollten. Der Kontakt zur LSU und zur CDU/CSU dürfte sich nun womöglich einem neuen Nullpunkt annähern.

Gleichwohl muss die Phase der Opposition für die LSU innerparteilich keine schlechte sein. Das zeigt zumindest der Blick zurück zu den Anfängen der LSU, die erst 1998 gegründet wurde – in jenem Jahr also, in dem die Kohl-CDU abgewählt wurde und allmählich der Aufstieg Angela Merkels begann. Damals hat Merkel erst als Generalsekretärin und dann als Parteivorsitzende den Prozess der inhaltlichen Modernisierung der Union vorangetrieben. Der Wandel stand unter der Überschrift „Mitten im Leben“ und im Bereich der Familienpolitik sprach die Unionschefin damals auch ganz bewusst mit den Lesben und Schwulen in der Union.

Darüber hinaus wird sich nun in den kommenden Monaten und vielleicht Jahren der Fokus auf die Landesebene verlagern. Ohnehin hat sich die LSU in den vergangenen Jahren in der Fläche stabiler aufgestellt – mit einigen recht starken und aktiven Landesverbänden. In den kommenden Jahren sollte die LSU zum einen diese Stärke nutzen und darauf aufbauen. 2022 werden vor allem die Verbände in Nordrhein-Westfalen, Saarland und Niedersachsen in den Landtagswahlkämpfen gefordert sein. Zum anderen sollte die LSU nun den Fokus auch auf jene Länder richten, in denen sie noch keine Verbandsstrukturen aufbauen konnte oder wo diese derzeit personell schwächeln. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf Schleswig-Holstein, wo im kommenden Jahr ebenfalls gewählt wird – wo die Union allerdings ohnehin schon eine recht liberale, progressive Gesellschaftspolitik vertritt.

Die Krise als Chance

Kommentar von Sven Alexander van der Wardt

Die zurückliegende Bundestagswahl war für die Union ein Debakel. An dieser Feststellung wird wohl kein verständiger Mensch noch ernsthaft Zweifel haben. Die Gründe für diesen Ausgang sind jedoch vielfältig und keineswegs monokausal. Schuldzuweisungen in eine Richtung oder gar an eine Person adressiert führen daher in die Irre – allen Verantwortungsübernahmen durch Einzelne zum Trotz.

Auf allen Ebenen wird nun über die Konsequenzen diskutiert. Einigkeit scheint dabei in der Frage zu bestehen, ob eine gewisse Inhaltslosigkeit nicht nur ein Grund für den Verlust der Regierungsverantwortung ist, sondern auch schnellstens abgestellt werden muss, will man sich die ernsthafte Chance erhalten, in vier Jahren wieder die Bundesregierung anzuführen.

Bei einer inhaltlichen Selbstvergewisserung und der Erarbeitung neuer Positionen könnte der LSU eine bedeutendere Rolle zukommen, wenn wir diese Gelegenheit erkennen, nutzen und uns in den innerparteilichen Diskurs einbringen.

Wir fördern Ehe und Familie aber ganz besonders: Kinder!

Was meine ich damit? Diese Frage würde ich gerne anhand zweier Überlegungen beantworten. Der erste Gedanke kam mir, als ich kürzlich Folgendes beim Redaktionsnetzwerk Deutschland las: „Man will nicht nur das vorgelebt bekommen, was sich die Christliche Union



Fokus auf Familie: Die Familie bleibt die Keimzelle der Gesellschaft. Vielleicht sollte man dann auch stärker Kinder fördern – unabhängig von der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität ihrer Eltern.

mal unter Familie vorgestellt hat“, lässt sich dort die bekannte Schauspielerin Heike Makatsch zitieren. Das traf bei mir aus zwei Gründen einen Nerv. Zum einen zielt der Satz auf einen Eindruck ab, den die CDU in offenbar immer größeren Teilen der Bevölkerung hinterlässt und der sich vielleicht mit männlich, verstaubt, der Zeit hinter her und ewig gestrig beschreiben ließe. In Teilen immernoch ein Gesellschaftsbild der vermeintlich guten alten Zeit propagierend, das aber an den gelebten Realitäten vorbeigeht. Zum anderen zielt Frau Makatsch hier auch auf einen Bereich – oder zumindest auf einen Teilaspekt – der von vielen konservativen Anhängern immernoch als Sollbruchstelle empfunden und zur eigenen Abgrenzung immer wieder ins Feld geführt wird: Wie hältst Du es mit der „Ehe für alle“?

Hier könnte die LSU der CDU vielleicht dabei helfen, zu einer

stärkeren Betonung des Begriffs „Familie“ zu kommen, jedenfalls zu einer stärkeren Betonung gegenüber dem Begriff der „Ehe“. Letztlich geht es um die Förderung und Unterstützung von Kindern – am tiefsten Grund, weil der Staat ein legitimes Interesse am Fortbestand eines Staatsvolkes hat und haben muss. Diese wird aber, um ein hergebrachtes Beispiel zu wählen, nicht durch eine pauschale Förderung von Ehepaaren erreicht. Zumal auch von solchen, die aus biologischen Gründen zumindest zur Zeugung von Nachwuchs nicht oder nicht mehr in der Lage sind. Dann doch lieber ein Familiensplitting, das dann greift, wenn auch tatsächlich Nachwuchs vorhanden ist. Und dieses unabhängig davon, ob die Kinder durch Samenspende, Adoption oder auf „klassischem“ Wege zum Glück ihrer Eltern geworden sind und gleichgültig welcher sexuellen Orientierung oder

geschlechtlichen Identität die stolzen Eltern sind. Auch an eine Erhöhung der Steuerfreibeträge für Eltern ließe sich denken. Hier würden ein legitimes Staatsziel, ein zeitgemäßes Familienbild und das bürgerliche Ideal der wechselseitigen Verantwortungsübernahme zusammenfallen. Familie ist eben dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen und nicht allein dort, wo ein verheiratetes verschiedengeschlechtliches Paar Kinder zeugt und zur Welt bringt.

Das Verbindende über das Trennende stellen

Mein zweiter Gedanke betrifft die zunehmende Fragmentierung unserer Gesellschaft. Mit der größer werdenden Gefahr, dass jene den Zusammenhalt und das Funktionieren dieser immer mehr in Frage stellt. Für mich war dieses Thema, das sich durch Corona noch einmal verschärft hat, viel zu wenig Gegenstand des Wahlkampfes. Dabei ist es nach meinem Verständnis eines der Kerngebiete der Christdemokratie. Die Freiheit jedes einzelnen Individuums zu gewährleisten, dabei aber stets deutlich zu machen, dass diese ohne Verantwortung aller für alle nicht zu haben ist, das gehört sicher nicht nur für mich zur DNA der Union. Heilsversprechen, wie sie auch jetzt von manchen Parteien gemacht werden, wonach jeder Einzelne das Maximum an Freiheit wird ausleben können, ja sogar die absolute Toleranz gegenüber jeder Ausdrucksform seiner Persönlichkeit einfordern kann, ohne dabei auf andere Rücksicht nehmen zu müssen, die im Zweifel das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen können, werden auf Dauer zum Gegenteil dessen führen, was man eigentlich erreichen will: Zu mehr Egoismus, mehr Beharren auf dem eigenen Recht, Verhärtung der Positionen, weniger Toleranz und Akzeptanz – schlussendlich zur Implosion der Gesellschaft.

Hier stehen wir als LSU auch an exponierter Stelle. Die sogenannte „Community“ droht immer weniger eine Gemeinschaft zu sein – falls sie es denn je gewesen ist. Statt hier das Verbindende, den gemeinsamen

Nenner, zu suchen für den man gemeinsam eintreten und streiten kann, werden zunehmend einzelne Interessen in den Vordergrund gestellt, betont und somit auch hier Fragmentierung vorangetrieben. Selbst unter einer gemeinsamen Flagge kann und will man sich nicht mehr versammeln. Damit überfordert man im Zweifel nicht nur die Gesamtgesellschaft, um deren Akzeptanz man ficht und deren Teil man doch ist. Durch wechselseitiges Verächtlichmachen der Mitstreiter drängt man Menschen nicht nur an den Rand der und aus der „Community“ heraus, man schwächt sich auch noch selbst in den politischen Auseinandersetzungen. Damit kumuliert hier in einem speziellen Bereich eine Entwicklung, die mit zunehmender Sorge auch bei der Gesellschaft insgesamt zu beobachten ist.



An dieser Stelle sind wir als bürgerliche Organisation einer bürgerlichen Partei gefordert, die vermittelnde Position, kurz gesagt: Die Mitte nicht aufzugeben. Dabei geht es nicht darum, Unterschiede zu verwischen oder gar zu negieren. Divergierende Positionen müssen artikuliert und mit Leidenschaft diskutiert werden. Am Ende muss aber eine klare Haltung stehen, hinter der sich alle versammeln können. Das nennt man Kompromiss und von solchen lebt die Demokratie; innerparteilich, in den unterschiedlichsten Communities, gesamtgesellschaftlich. Es geht eben nicht um absolute

Wahrheiten, sondern um Meinungen und Interessen, die ins Verhältnis gesetzt und in Einklang gebracht werden müssen. Streitfragen lösen wir dabei eben durch Mehrheitsentscheidungen. Und diese „gelten nicht“, wie der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert richtig feststellte „weil sie wahr sind – bedauerlicherweise gelten sie selbst dann, wenn sie offenkundig nicht wahr sind. Sie gelten, weil man sich in Ermangelung besserer Kriterien darauf verständigt hat, das gelten zu lassen, was eine Mehrheit für richtig hält.“ Das ist mühsam, langwierig, unbefriedigend und manchmal sogar frustrierend. Aber es ist nach meiner festen Überzeugung immernoch die beste Methodik, die uns Menschen bis dato eingefallen ist und dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Die neue V-Frage

Wer führt die Union zurück zu alter Kraft?

Recht schnell nachdem Noch-Parteichef Armin Laschet seinen koordinierten Rückzug vom Parteivorsitz der CDU angekündigt hatte, kursierten schon wieder die ersten Namen von potenziellen Nachfolgern. Der erste in der Reihe war wohl Friedrich Merz, der erklärt hatte, als Bundesvorsitzender der Christdemokraten zur Verfügung zu stehen – aber nur dann, wenn darüber die Mitgliederbasis und nicht erneut ein Parteitag entscheiden wird.

Die Kreisvorsitzendenkonferenz der CDU hat entschieden, dass die Mitglieder vor der Wahl eines neuen Parteivorsitzenden befragt werden sollen. Wer sich nun aber tatsächlich zu Wahl stellen möchte, steht derweil noch nicht fest. Im Raum stehen altbekannte Namen, etwa die Herren aus Nordrhein-Westfalen, die zuvor schon kandidierten: Neben Friedrich Merz auch Jens Spahn und Norbert Röttgen. Außerdem Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus und MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann. Gute Chance soll wohl auch Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer haben. Auch Frauen sind im Gespräch, wahlweise als Vorsitzende, Co-Vorsitzende oder Generalsekretärin – etwa Nadine Schön aus dem Saarland oder auch Parteivize Silvia Breher aus Niedersachsen.

Für die LSU ist bei dieser Frage zunächst entscheidend, dass keine Person gehandelt wird, mit der sich die LSU nicht würde arrangieren können. Sogar Friedrich Merz, dem manche einen Hang zum konservativen Backlash anlasten, hat sowohl in seinem programmatischen



Buch als auch in seinen Antworten auf die Fragen des LSU-Bundesverbands durchaus zuversichtlich stimmende Positionen eingenommen. Die Anerkennung der LSU als Sonderorganisation unterstützt er, seine Haltung zur Öffnung der Zivilehe klingt sehr liberal und gegenüber den LSBTI-feindlichen Regierungen in Polen aber vor allem Ungarn will Merz nach eigener Auskunft mehr Härte zeigen.

Historisch hätte es sicherlich einen besonderen Reiz, würde Jens Spahn zum Parteichef gewählt – als erster Schwuler auf diesem Posten. Doch darf diese Erwägung überhaupt eine Rolle spielen? Sie sollte jedenfalls auch für die LSU nicht maßgeblich sein. Gleichwohl war Spahns Rede auf dem diesjährigen Deutschlandtag der Jungen Union bezeichnend. Darin sprach er deutlich wie nie darüber, wie seine sexuelle und seine politische Orientierung Hand in Hand gingen.

Sicher vom Berghain nachhause kommen...

Zur Familie sagte er, dass sie für die CDU die Keimzelle der Gesellschaft bleiben müsse – nur eben auch für verheiratete Homosexuelle. Besonders an der Union sei seiner Ansicht nach, dass sie nicht in Kategorien denke – nicht Mann, nicht Frau, nicht schwul oder hetero, nicht Christ oder Muslim – sondern den Menschen in den Blick nehme. Und auch die innere Sicherheit machte er zum Thema mit dem viel zitierten Satz: „Selbst der linksliberale Schwule, der morgens um sechs vom Berghain nach Hause fährt, will doch am Ende in der U-Bahn sicher sitzen können.“ Seine Ausführungen könnten als Blaupause dienen für den Kurs der LSU in der neuen Oppositions-Union – die, im Übrigen, laut Spahns Aussagen stets kritisch aber konstruktiv sein müsse. Im Focus-Interview sagte er: „Wir als CDU brauchen jetzt eine Sanierung. Das Fundament steht. Die Marke muss wieder aufpoliert werden.“ Von wem? Das werden wir bald erfahren.

Mitgliederversammlung in Berlin

Was wird gewählt?

Was wird entschieden?



Am 6. und 7. November tritt die LSU zur Bundmitgliederversammlung (BMV) zusammen und stellt die Weichen für die kommenden zwei Jahre. Es wird die erste Versammlung seit zwei Jahren sein, die letzte BMV fand 2019 in Frankfurt am Main statt. In der Zwischenzeit hat die Corona-Pandemie eine Tagung verhindert.

Einer der wichtigsten Punkte der diesjährigen Mitgliederversammlung wird die Wahl eines neuen Bundesvorstands sein. Eigentlich hätte diese Wahl bereits vor einem Jahr durchgeführt werden müssen, der amtierende Vorstand ist also seit geraumer Zeit nur noch geschäftsführend im Amt.

Derzeit ist davon auszugehen, dass der bisherige Vorsitzende noch ein weiteres Mal für diesen Posten kandidieren wird. In den Reihen der Stellvertreter zeichnen sich aber Veränderungen ab. Da allerdings Kandidaturen auch noch auf der laufenden Versammlung erklärt werden können, soll an dieser Stelle nicht weiter vorgegriffen werden. Jedes Mitglied der LSU darf prinzipiell für jeden Posten antreten, allein für den geschäftsführenden Vorstand gilt die Bedingung der CDU- oder CSU-Mitgliedschaft.

Die Mitgliederversammlung der LSU in Niedersachsen hat eine Empfehlung für die Vorstandswahlen ausgesprochen: Petra Többe (Visselhövede) und Matthias Eitenbenz (Hannover) haben ihre Bereitschaft erklärt, weiterhin im Bundesvorstand mitzuarbeiten. Außerdem hat zusätzlich noch Michel Annink (Nordhorn) erklärt, sich im Bundesvorstand um die Social Media-Aktivitäten der Bundes-LSU kümmern zu wollen.

Des Weiteren werden auf der BMV verschiedene Anträge beraten, ein Überblick:

Neue Vorgaben für Landes- und Kreisverbände: Die LSU in Niedersachsen hat einen Antrag zur Änderung der Satzung eingebracht. Damit soll zum einen geregelt werden, dass neue Landesverbände der LSU

zum Zeitpunkt ihrer Gründung mindestens 50 Mitglieder zählen müssen. Der Gründung muss nach wie vor der Bundesvorstand zustimmen. Für Kreisverbände soll diese Zustimmung aber künftig der jeweilige Landesvorstand erteilen können. Hierbei soll die Mindestmitgliederzahl auf zehn festgeschrieben werden. Bislang existierten nur vorstandsinterne Richtwerte von 20 beziehungsweise zwölf Mitgliedern, dieser Antrag sorgt also für Verlässlichkeit. Außerdem soll die neue, höhere Grenze für Landesverbände für mehr Stabilität sorgen.

Ein Geschäftsführer für die LSU: Die Idee eines hauptamtlichen Bundesgeschäftsführers gibt es schon länger. Die LSU Hessen hat nun einen entsprechenden Antrag eingereicht, der dem neuen Bundesvorstand den Auftrag erteilen soll, eine 450-Euro-Kraft für diese Aufgabe einzustellen. Entsprechende Änderungen der Satzung, die noch einen ehrenamtlichen Geschäftsführer vorsieht, hat die LSU Hessen ebenfalls formuliert. Zudem bringt der hessische Landesverband einen Antrag ein, der den Bundesvorstand auffordert seine Aufgabenverteilung in einer Geschäftsordnung zu regeln.

Positionspapier Kinder, Eltern, Familie: Die LSU Baden-Württemberg hat ein umfassendes Positionspapier zu einer christdemokratischen Position zur LSBTI-Familienpolitik ausgearbeitet und stellt dieses nun auch auf der Bundesmitgliederversammlung zur Abstimmung. „Für Vielfalt in Verantwortung“ lautet der Titel.

Neue Arbeitskreise: Die LSU Saar schlägt die Einrichtung zweier Arbeitskreise der LSU auf Bundesebene vor. Diese sollen sich zum einen um „Trans und Inter“ sowie um „Respekt und Toleranz“ kümmern. Beide Gruppen sind auch derzeit schon aktiv. Das Saarland hat zudem einen inhaltlichen Antrag zum Thema LSBTI-Gesundheit eingebracht.

Meine Idee von der Zukunft der LSU

Von Sven Alexander van der Wardt

Seit 23 Jahren gibt es nun die Lesben und Schwulen in der Union (LSU) als Nachfolger der „Schwulen Christdemokraten“. Anfangs belächelt, haben wir es geschafft, uns vom Image des ungeliebten Schmutdelkindes zu lösen. Begünstigt durch den Parteivorsitz und die Kanzlerschaft Angela Merkels, die bereits als Generalsekretärin die LSU besuchte, und durch einen allgemeinen gesellschaftlichen Wandel stehen wir inzwischen vor der Anerkennung als Sonderorganisation der CDU. Zweifellos ein Riesenerfolg.

Dennoch stellt uns dieser Erfolg vor neue Herausforderungen und lässt alte Probleme stärker hervortreten. Wie schaffen wir es, neue Mitglieder zu werben und eine Gesamtmitgliederzahl zu erreichen, die eine Stärke erreicht, die unser Gewicht in der Partei erhöht? Wie erreichen wir bei Beibehaltung ehrenamtlicher Strukturen eine höhere Professionalisierung und welche innere Organisation braucht es dafür? Und schließlich und eigentlich am wichtigsten: Welche Positionen wollen wir angesichts großer Erfolge der vergangenen Jahre nun inhaltlich bearbeiten und wie? Nur drei Fragen, aber für mich dennoch so etwas wie der Kern. Wenn wir weiter reüssieren wollen, müssen wir als LSU hierauf Antworten finden.

In Anlehnung an unsere Mutterpartei müssen wir das „WIR“ in den Vordergrund stellen und betonen, was uns eint. Wir werden nicht immer in allem einer Meinung sein – weil unterschiedliche Personen agieren, ohne die es aber auch künftig nicht gehen wird, und weil es immer Abweichungen geben wird, die auch lokalen und regionalen Gegebenheiten geschuldet sind. Aber wir brauchen einen Kanon von Grundüberzeugungen und Positionen, hinter denen wir uns mehrheitlich versammeln können und die auch nach außen als Markenkern der LSU erkennbar werden. Darum muss gerungen und darüber muss diskutiert werden.

In Anlehnung an unsere Mutterpartei müssen wir das „WIR“ in den Vordergrund stellen und betonen, was uns eint. Wir werden nicht immer in allem einer Meinung sein – weil unterschiedliche Personen agieren, ohne die es aber auch künftig nicht gehen wird, und weil es immer Abweichungen geben wird, die auch lokalen und regionalen Gegebenheiten geschuldet sind. Aber wir brauchen einen Kanon von Grundüberzeugungen und Positionen, hinter denen wir uns mehrheitlich versammeln können und die auch nach außen als Markenkern der LSU erkennbar werden. Darum muss gerungen und darüber muss diskutiert werden.



Ich wünsche mir daher eine LSU, die eine innerverbandliche Kommunikations- und Debattenkultur pflegt, in der die Mitglieder ebenso eingebunden sind, wie die Funktionsträger auf Landes- und Bundesebene. Nur so kommen wir zu gemeinsamen Haltungen, die jeder von uns auch vertreten kann.

Ich wünsche mir eine LSU, die schlanke Strukturen hat. Gerade weil wir auch als Sonderorganisation nicht mit übermäßigen Geldmitteln gesegnet sein werden und die Mitgliedsbeiträge erfreulich, aber noch nicht überbordend sind, werden wir weiterhin eine auf ehrenamtliches Engagement angewiesene Organisation sein.

Sich hier nicht selbst auf einzelnen Ebenen zu überfordern, sondern den Verband auf möglichst viele Schultern zu stellen, ist unerlässlich, um Demotivation und schlimmstenfalls Resignation gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Ich wünsche mir daher auch eine LSU, in der ein Bundesvorstand Impulse setzt und Diskussionen anstößt, aber der nicht die innerverbandliche Diskussion ersetzt und sich dabei auch noch in Detailfragen verliert.

Ich wünsche mir eine LSU, die nicht einfach die Reihe der zahllosen Community-Organisationen verlängert und die sich nicht als verlängerten Arm der Community begreift.

Ich wünsche mir vielmehr eine LSU, die Interessenvertretung des christdemokratischen Teils der Community ist und die deshalb Forderungen aus der Community und eigene Positionen auf ihren christdemokratischen Gehalt hin überprüft. Wir machen eine genuin christdemokratische LSBTI-Politik.

Ich wünsche mir darum eine LSU, die sich nicht den vor allem von kulturalistischen Linken betriebenen Minderheiten- und Opferdiskurs zu eigen macht, sondern die selbstbewusst LSBTI-Erfolgsgeschichten erzählt. Nur so werden wir aus einer Opferhaltung he-

raus finden, die uns einengt. Nur so kommen wir von Toleranz zur Akzeptanz durch die Gesellschaft, deren selbstverständlicher Teil wir doch sein wollen.

Ich wünsche mir eine LSU, die offen diskutiert aber am Ende dann auch zu tragfähigen Mehrheitsentscheidungen kommt.

Ich wünsche mir eine LSU, die ihre eigenen Stärken erkennt und sich über ihre Leistungsfähigkeit keine Illusionen macht.

Ich wünsche mir eine LSU, die nicht zum Gemischtwarenladen für alles und jedes wird, sondern die sich Schwerpunkte setzt und für diese Know-how ansammelt denn, ich wünsche mir eine LSU, die Experte auf Ihrem Gebiet und dadurch selbstverständlicher Ansprechpartner für Partei und Fraktionen auf allen Ebenen ist.

Ich wünsche mir eine LSU, die in guter christdemokratischer Tradition zuerst das bereits Erreichte der letzten Jahre und Jahrzehnte bewahren und verteidigen möchte und die bei den neuen Themensetzungen immer ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung im Blick hat.

Wenn das auch Deine Überzeugung ist und Du diese LSU mitgestalten möchtest, dann freue ich mich über Reaktionen an alexander.vanderwardt@lsu-online.de

Oder werde Mitglied der LSU unter: www.lsu-online.de/machmit

Dieser Debattenbeitrag ist bereits in der [ersten Unioncorn-Ausgabe des Jahres](#) erschienen. Angesichts der aktuellen Lage und der bevorstehenden Bundesmitgliederversammlung wollen wir ihn noch einmal in Erinnerung rufen.

Christdemokratische LSBTI-Politik kann heißen...

...in der Debatte um die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare auch religiöse Argumente gelten zu lassen und die Politiker oder Bürger, die so argumentieren, auch ernst zu nehmen und mit ihnen das Gespräch zu suchen.

...nach dem Mehrheitsbeschluss über die Öffnung der Zivilehe das Ergebnis anzuerkennen und dieses anschließend auch zu verteidigen, zum Beispiel gegen die Versuche der AfD, diesen Beschluss wieder rückgängig zu machen.

...Gender-Theorien mit Skepsis zu begegnen und diese immer dann abzulehnen, wenn sie zur Ideologie werden, weil der Konservative weiß, dass jede Theorie des Menschen und jede seiner Ideologien anfällig für Fehler sind.

...etwa bei der Reform des Transsexuellengesetzes den Menschen und das Menschliche in den Fokus zu rücken und sich bei der Suche nach dem, was das Beste für den Einzelnen sein kann, nicht von Dogmen leiten zu lassen.

...die Schwächeren vor Missbrauch durch die Stärkeren zu schützen, wenn diese vermeintlich Stärkeren etwa versuchen, den Menschen mit Therapien zu einem anderen Menschen zu machen, der besser in deren Weltbild passt.

...das Tempo von Reformen dem Tempo der Gesellschaft anzupassen und dabei darauf zu achten, dass die Politik weder die Gesellschaft überholt, noch ihr zu stark hinterherhinkt.

...für die pluralistische Gesellschaft einzutreten und deshalb Diskriminierung jeder Art entschieden entgegenzuwirken.

...Homo- und Transsexuelle immer als Teil der Gesellschaft zu sehen und nicht als Sondergruppe abzutun.

...bei staatlicher Bildung die gesellschaftliche Pluralität und Diversität abzubilden, um so dem Entstehen von Ressentiments so gut wie möglich entgegenzuwirken.

...Widersprüche und Paradoxien auszuhalten.

Neues aus Niedersachsen



Der neue Vorstand: Sven Alexander van der Wardt (Hannover) bleibt Vorsitzender, seine Stellvertreter bleiben Matthias Eitenbenz (Hannover) und Dirk R. Loeben (Braunschweig). Um die Finanzen kümmert sich weiterhin Petra Többe (Visselhövede). Die Reihe der Beisitzer wird erweitert: Neben Daniel Kaszanic (Oldenburg) und Sönke Siegmann (Hasbergen) gehören nun auch Florian Greller (Osnabrück) und Michel Annink (Nordhorn) dem Landesvorstand an.



Wie geht's weiter bei der LSU? Auf der Mitgliederversammlung der Niedersachsen-LSU wurde rege über die neue Rolle der LSU (s. Seite 4 und 5) diskutiert (Fotos linke Spalte). Im neuen Bundesvorstand der LSU sollen aus Niedersachsen künftig Petra Többe, Michel Annink und Matthias Eitenbenz mitwirken (Foto unten).

